

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.17 - 61. Jahrgang

10. September 2011



**Einladung**  
**Klaus Wowereit**  
**Sigmar Gabriel**

**Musik: Karat**

Freitag, 16. September, 16.30 Uhr  
Potsdamer Platz

## Kundgebung mit Klaus Wowereit und Sigmar Gabriel

Die Berliner SPD lädt zwei Tage vor der Berlinwahl zur Kundgebung mit Klaus Wowereit, Sigmar Gabriel und prominenten Gästen auf dem Potsdamer Platz. Beginn ist um 16.30 Uhr. Für Musik sorgt die Gruppe Karat.

### KIEZTOUR

Noch drei Bezirke stehen auf dem Plan von Klaus Wowereits Kieztour: Am 12. September ist er um 16.00 Uhr in Spandau („Ellipse“ beim Rathaus Spandau), am 13. September ab 15.00 Uhr in Mitte („Gesundbrunnencenter“) und am 14. September ab 16.00 Uhr in Tempelhof-Schöneberg (Breslauer Platz).

### WAHLPARTY

Die Wahlparty der Berliner SPD findet am 18. September ab 17.00 Uhr im Kesselhaus der Kulturbrauerei (Schönhauser Allee 36, 10435 Berlin) statt.

PM/BS □

Berlinwahl:

## Schlussphase entscheidet

### Berliner SPD kämpft um jede Stimme

Aus guten Umfrageergebnissen soll am 18. September auch ein gutes Ergebnis werden. Die Botschaft der SPD in den kommenden Tagen ist: Wer Klaus Wowereit will, muss SPD wählen. Um ein grün-schwarzes Bündnis auch rechnerisch zu verhindern, kommt es auf jede Stimme an.

Deutlich werden derzeit die Unterschiede zwischen den Parteien und Kandidaten. Während Klaus Wowereit und die SPD die Aufbruchstimmung der Stadt erhalten wollen, setzen Grüne und CDU vor allem darauf, Berlin schlecht zu reden.

Die CDU kappt auf Bundesebene die Städtebauförderung, die benachteiligten Stadtquartieren zugute kommt; die grüne Spitzenkandidatin will die S-Bahn in Teilstrecken an private Betreiber zu vergeben. Und: Wäre es nach den Grünen gegangen, hätte Berlin heute statt 270.000 landeseigenen Wohnungen ganze 160.000.

Die SPD, so Klaus Wowereit, setzt ihre Schwerpunkte bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze, beim bedarfsgerechten Ausbau mit Kitaplätzen und bei der Begren-



Klaus Wowereit am Mittwoch auf Kieztour in Marzahn. Foto: Volker Agueras Gaeng

zung von Mietsteigerungen, etwa durch den Bau von 30.000 neuen Wohnungen.

„Wir kämpfen bis zum 18. September um 18 Uhr“, machte der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller deutlich. Gute Umfragen und das Ergebnis der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern bedeuten Rückenwind. Aber diesen Rückenwind gilt es in den nächsten Tagen in eine hohe Wahlbeteiligung umzusetzen, die Rechtsextreme aus den Parlamenten heraushält und für stabile Mehrheiten mit einem SPD-geführten Senat sorgt. **BS □**

## Neuverschuldung auf Null

### SPD legt finanzpolitisches Konzept vor

**Statt Steuersenkungen für Hoteliers, Erben und Besserverdiener will die SPD die Neuverschuldung möglichst rasch auf Null bringen und Investitionen in Bildung und Betreuung steigern. Reiche werden mehr zahlen müssen.**

Das finanzpolitische Konzept mit dem Titel „Nationaler Pakt für Bildung und Entschuldung. Wir denken an morgen!“ ist am Montag vom SPD-Vorstand beschlossen worden. Es setzt klare Prioritäten beim Schuldenabbau, bei Bildungsinvestitionen, der Stärkung der sozialen und kulturellen Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden und bei Investitionen in Forschung und Entwicklung.

Die Neuverschuldung des Bundes be-

trägt in diesem Jahr immer noch knapp 30 Milliarden Euro. Die Erfahrungen aus der europäischen Schuldenkrise zeigten, dass

### IN DIESER AUSGABE:

PETER BRANDT: AUS BERLINER SICHT	S. 2
WENIGER STÄDTEBAUFÖRDERUNG	S. 4
BUNDESKONGRESS DER AG60PLUS	S. 6
SPD UND RUSSISCHE COMMUNITY	S. 9

auch in Deutschland die öffentlichen Haushalte so schnell wie möglich konsolidiert werden müssten, heißt es in dem zehneitigen Papier, das Parteichef Sigmar Gabriel und der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier gemeinsam vorstellten. **BS □**

Prof. Dr. Peter Brandt:

## Logische Fortsetzung der Entspannungspolitik

Keine Weiterführung des Kalten Krieges im Streit der Parteien!

**Erfreulicherweise leugnet im Spektrum der im Bundestag wie im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien heute kaum jemand, dass der Mauerbau, namentlich unter humanitären Gesichtspunkten, ein nicht zu entschuldigendes Unrecht war. Gewiss stellte er aus der Sicht der SED-Führung eine Notmaßnahme dar, um das Ausbluten der DDR zu unterbinden. Doch die innere Krise, die die Massenflucht hervorbrachte, war im Wesentlichen selbst verursacht.**

Unabhängig von dieser klaren Zuweisung der unmittelbaren Verantwortung muss man indessen die Frage aufwerfen dürfen, ab nicht auch die starre Deutschlandpolitik der Bonner Regierung zum 13. August beigetragen hat. Und dass die Westalliierten, namentlich die Amerikaner, sich am 13. August - kaum verhohlen - erleichtert zeigten, weil ihre „Essentials“ nicht berührt wurden, war schon damals offensichtlich.

Aus der Sicht der beiden Supermächte war es rational, nach einer Abgrenzung der Machtsphären zu suchen, um der Gefahr einer gegenseitigen Vernichtung im Atomkrieg zu entgehen. Für die von der Blockkonfrontation Betroffenen, nicht zuletzt für die Berliner (und die Deutschen insgesamt) war diese Erkenntnis bitter und zwang zu neuen Überlegungen, wie in dieser Konstellation die eigenen Anliegen und Interessen eingebracht werden könnten.

Das war der Ausgangspunkt der „Politik der kleinen Schritte“, die die Westberliner Senatsregierung ab 1963 sukzessive umsetzte. Konzipiert in dem engeren Kreis um Willy Brandt mit Egon Bahr, Heinrich Albertz, Klaus Schütz und anderen, wurde



*Peter Brandt ist Professor für Neuere Deutsche und Europäische Geschichte an der Fernuniversität in Hagen und u. a. Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD.*

Berlin zum Experimentierfeld der späteren Neuen Ost- und Deutschlandpolitik. Dabei ging es in weiter Perspektive um die Veränderung des Status quo, statt um seine Verfestigung. Auch die damaligen Gegner der Entspannungspolitik räumen heute meist ein, dass diese zumindest einen erheblichen Anteil an dem Umbruch von 1989/90 hatte.

Die logische Fortsetzung der sozialdemokratischen Entspannungspolitik der 60er bis 80 Jahre ist der Abbau der alten ideologischen Ost-West-Frontstellung im politischen Leben des neuen, vereinten Deutschland (was nicht bedeuten darf, Strittiges und Unangenehmes auszuklammern oder gar zu beschweigen). Hier hat sich Klaus Wowereit mit seiner mutigen, weil riskanten Entscheidung von vor zehn Jahren, eine Koalition mit der Linkspartei (damals PDS) einzugehen, ein viel zu wenig gewürdigtes nationales Verdienst erworben. □

## Fair geht anders

Swen Schulz kritisiert Praktikanten-Leitfaden der Bundesregierung

**Der von der Bundesregierung vorgelegte Leitfaden „Faire Spielregeln für Praktikanten - Leitfaden für die Praxis“ reicht nach Ansicht des SPD-Bundestagsabgeordneten Swen Schulz nicht aus, um den Missbrauch von Praktika zu unterbinden.**

„Er kann hilfreich sein, befreit aber die Bundesregierung nicht von der Pflicht, den gesetzlichen Schutz für die Berufseinsteiger noch in dieser Legislatur zu verbessern“, so Schulz. Auch die letzte Sachverständigenanhörung im Bundestag habe

deutlich gemacht, dass der Gesetzgeber handeln müsse, um Praktikantinnen und Praktikanten vor Ausbeutung zu schützen.

Nötig seien die klare Definition von Praktika und eine Vergütungspflicht. Zudem sollten im Streitfall künftig die Unternehmen nachweisen müssen, dass sie keinen Missbrauch betrieben haben. Schulz: „Die Bundesregierung will mit dem Leitfaden offenbar den Druck aus dem Kessel nehmen. Es drängt sich der Verdacht auf, dass diese Bundesregierung politische Gestaltung durch Rhetorik ersetzen will.“ **PM** □

## POLITIK PERSÖNLICH

**Iris Spranger**, Finanzstaatssekretärin und Marzahner Abgeordnetenhauskandidatin, hat am 5. September im Tierpark Berlin/Friedrichsfelde die rund 250 Kinder der beiden Schulen für Behinderte des Bezirks Marzahn-Hellersdorf empfangen. Ein buntes Programm, das vom Besuch im Streichelzoo bis zur Raubtierfütterung reichte, erwartete die Kinder und ihre Betreuer im Tierpark Friedrichsfelde.



*Schlagkräftig: Iris Spranger und Arthur Abraham. Foto: Nicole Borkenhagen*

Ebenfalls mit von der Partie war der mehrfache Boxweltmeister Arthur Abraham. Er hat für die Schulkinder im Tierpark einen kurzen Schaukampf geliefert. Auch Staatssekretärin Iris Spranger zog die Boxhandschuhe an und boxte gegen Arthur Abraham – was den Kindern sichtlichen Spaß bereitete. Auch sie durften anschließend gegen Arthur Abraham antreten.

Der Tierpark-Besuch geht auf eine Initiative des Bezirksverbandes der Gartenfreunde Berlin-Hellersdorf und ihres Ersten Vorsitzenden Dr. Franke zurück. Neben Zoo-Vorstand Gabriele Thöne hat auch der Bezirksstadtrat Stefan Komoß die behinderten Kinder begrüßt. **N. B.** □

### Berliner Stimme

**Herausgeber:** SPD Landesverband Berlin

**Verlag:** wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

**Redaktion:** Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

**Abo-Service:** Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de  
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

**Druckerei:** KORRekt Mailingservice Berlin

Wahl 2011:

# „Wir für Wowereit“

Prominente Unterstützerinnen und Unterstützer melden sich zu Wort

18 Musiker, Künstler, Schauspieler und Personen des öffentlichen Lebens erklären in den Tagen bis zur Wahl am 18. September, was sie an Berlin schätzen und warum sie den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit für denjenigen halten, der die Geschicke der Stadt auch in den kommenden fünf Jahren lenken soll. Die Berliner Stimme veröffentlicht einige.



**Wolfgang Völz**, seit Jahrzehnten als Schauspieler beliebt und vor allem vielen jungen Berlinerinnen und Berlinern durch seine Arbeit als Synchronsprecher bekannt ist, braucht dafür nicht viele Worte: „Alter Brauch wird nicht gebrochen: Wowereit - wer denn sonst?“



Auch der Sänger, Autor und Musiker **Klaus Hoffmann** unterstützt den Regierenden Bürgermeister. Zahlreiche Abendprogramme und veröffentlichte Alben haben Hoffmann in den vergangenen Jahrzehnten zu einem bekannten Künstler gemacht, den seine Produktionen und Konzertreisen auch immer wieder ins Ausland geführt haben. Seine Wurzeln hat er dabei jedoch nie vergessen. Als gebürtiger Berliner antwortet Klaus Hoffmann auf die Frage, wer in den kommenden fünf Jahren das Amt des Regierenden Bürgermeisters ausüben soll: „Klaus Wowereit: wer sonst? Er ist Kind dieser Stadt und er liebt und vertritt sie über den Tellerrand hinaus.“ Foto: Jim Rakete



Die international bekannte Filmproduzentin und Schauspielerin **Regina Ziegler**, setzt sich für eine weitere Amtszeit von Klaus Wowereit ein und hat zusätzlich eine Unterstützerguppe im Internet gegründet. „Für mich als Filmproduzentin ist wichtig, dass Berlin sein positives Image behält. Das schafft Klaus Wowereit. Also habe ich mit Freunden die Initiative „WIR FÜR WOWEREIT“ bei Facebook gestartet. Da kann jeder mitmachen!“, so Regina Ziegler. Foto: Karin Kohlberg



Der DJ, Musikproduzent und Moderator **Paul van Dyk** ist einer der renommiertesten Techno-DJs der Welt. Er begann seine Karriere in den 1990er-Jahren in der Berliner Club-Szene. Er leistete mit seiner vielfach prämierten Arbeit einen Beitrag zu dem Ruf, den die Stadt heute bei Musikern, Künstlern und Clubgängern in der ganzen Welt genießt. Paul van Dyks Botschaft: „Berlin ist bereits seit Jahren die wohl vibrierendste aller Metropolen und ein Magnet für Besucher aus der ganzen Welt. Bei meinen Auslandsaufenthalten ist der positive Ruf der Stadt überall zu spüren. Das hat sowohl mit dem kreativen Potential Berlins, als auch mit der politischen Weichenstellung der letzten Jahre zu tun. Weil ich auch in Zukunft in einer weltoffenen, freundlichen Stadt leben möchte, in der individuelle Entwicklung und gemeinschaftlicher Zusammenhalt möglich ist, unterstütze ich Klaus Wowereit bei der Wahl zum Regierenden Bürgermeister Berlins...“



Schauspielerin **Dennenesch Zoudé** ist stolz auf das internationale Flair Berlins. Überall wird Berlin heute mit den Begriffen Weltoffenheit und Toleranz verbunden. In den vergangenen zehn Jahren hat die Stadt sich in unglaublichem Tempo zu einer der beliebtesten Städte Europas entwickelt. Eine Entwicklung, die untrennbar mit dem Einsatz des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit verbunden ist. Auch die in Berlin aufgewachsene Schauspielerin, die sich neben ihrer künstlerischen Arbeit unter anderem für die SOS-Kinderdörfer einsetzt, sagt: „Ich unterstütze Klaus Wowereit, weil er ein echter Berliner ist. Weltoffen, tolerant und voller Tatendrang. Er ist ein Bürgermeister für alle, egal welcher Herkunft, welcher Hautfarbe oder welchen Alters. Er steht für mich für die Freiheit dieser Stadt, in der so viele Kulturen und Temperamente zusammenleben.“ Foto: Stefan Mohn



Schriftsteller **Horst Bosetzky** Urteil über Klaus Wowereit ist eindeutig: „Andere verstehen nur Bahnhof – er versteht Berlin. Das ist für mich als Sozialwissenschaftler wie als Schriftsteller unfassbar. Jetzt weiß ich endlich, warum ich seit 1964 in der SPD bin. Ein Hoch auf Klaus Wowereit!“ Foto: Moritz Reininghaus **PM** □

Tag des Offenen Denkmals:

# Mit dem Bus zur Revolution

## Friedhof der Märzgefallenen im Volkspark Friedrichshain: Führungen und Rundfahrten

Die historische Bedeutung des Friedhofs der Märzgefallenen für die deutsche Demokratiegeschichte ist genauso groß wie die der Bundesfestung Rastatt und der Frankfurter Paulskirche - trotzdem kennen ihn nur wenige. Der Paul Singer Verein engagiert sich für eine angemessene Würdigung des Friedhofs der Märzgefallenen und seine Entwicklung zu einer nationalen und europäischen Gedenkstätte. Am Tag des Offenen Denkmals am 10. und 11. gibt er einen Einblick in seine Arbeit.

Zusammen mit dem Bezirksmuseum Friedrichshain-Kreuzberg und der Stiftung Historische Kirchhöfe und Friedhöfe in Berlin-Brandenburg will der Verein den Friedhof - gefördert durch die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin - in den nächsten Jahren zu einem Ort demokratischen Lernens entwickeln. Seit Ende Mai 2011 erzählt die neue Ausstellung „Am Grundstein der Demokratie - die Märzrevolution 1848 und der Friedhof der Märzgefallenen“



Der Bus zur Revolution: Zum Tag des Offenen Denkmals fährt der Bus ab 10.30 Uhr alle anderthalb Stunden. Foto: PR

nens entwickeln. Seit Ende Mai 2011 erzählt die neue Ausstellung „Am Grundstein der Demokratie - die Märzrevolution 1848 und der Friedhof der Märzgefallenen“

in einem Container auf dem Friedhof die wechselvolle Geschichte des Ortes und informiert über die Berliner Märzrevolution.

Zum Tag des offenen Denkmals sind alle Besucherinnen und Besucher herzlich eingeladen sich auf einer „Revolutionsroute“ von Schülern eine Lektion in demokratischem Lernen erteilen zu lassen.

**Susanne Kitschun** □

➔ Friedhof der Märzgefallenen (Landsberger Allee / Ernst-Zinna-Weg, Tram M5, M6, M8, Haltestelle Platz der Vereinten Nationen) [www.friedhof-der-maerzgefallenen.de](http://www.friedhof-der-maerzgefallenen.de)

➔ **Samstag, 10. September 2011.**

Führung: Ausstellung und Friedhof. 10.30, 12.30, 14.30, 16.30 Uhr, 17.30 Uhr Filmvorführung im Ausstellungscontainer: Defa-Film „Und wieder 48“; Regie: Gustav von Wangenheim, 1948. mit Einführung durch Dr. Susanne Kitschun, Projektleiterin Paul Singer e.V.

➔ **Sonntag, 11. September 2011:** Revolutionsroute „Linie 1848 - mit dem Bus zur Barrikade“, 1,5-stündige Busrundfahrt zu Revolutionsstandorten in Berlin, an denen von Schülern, Kuratoriumsmitgliedern und Mitgliedern des Paul Singer Vereins über die historische Bedeutung des jeweiligen Ortes informiert wird. Sechs der Unterwegsstationen sind zugleich Haltestellen, an denen Interessierte aus- und einsteigen können. Die anderen vier sind von den Haltestellen aus zu Fuß zu erreichen.

**Stationen:** 1. Friedhof der Märzgefallenen (Abfahrt), 2. Hauptbahnhof (Geschichtspark Ehem. Zellengefängnis Moabit - Befreiung der Polen), 3. In den Zelten, 4. Platz des 18. März (mit Volker Schröder, Aktion 18. März), 5. Gendarmenmarkt (Barrikadenstandort Jäger- / Friedrichstraße), 6. Berliner Stadtschloss (Ehem. Singakademie, Zeughaus).

**Abfahrtszeiten:** 10.30 Uhr mit Prof. Dr. Jörg Haspel, Landeskonservator Berlin, außerdem: 12.00, 13.30, 15.00, 16.30 Uhr jeweils unter Begleitung von Kuratoriumsmitgliedern bzw. Mitgliedern des Paul Singer e.V., Treffpunkt: Friedhof der Märzgefallenen

➔ Demonstrationzug: Schüler finden sich mit ihren Transparenten zu einem Demonstrationzug von den Stationen zum Friedhof der Märzgefallenen zusammen. Beginn: ab 17 Uhr

➔ Abschlussveranstaltung auf dem Friedhof der Märzgefallenen mit Walter Momper, Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, Kuratoriumsmitgliedern - und kleiner Verköstigung. 18 Uhr

Städtebauförderung:

# Einschnitte bei der Lebensqualität

## Junge-Reyer kritisiert Kürzungen der Bundesregierung

Im zweiten Jahr in Folge breche die Bundesregierung ihre Zusage im Koalitionsvertrag, die Städtebauförderung als gemeinschaftliche Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen auf bisherigem Niveau fortzuführen. Das hat Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer der Bundesregierung vorgeworfen.

„Wie im vergangenen Jahr haben auch in diesem Sommer alle Bundesländer auf einer Sonderbauministerkonferenz einstimmig gegen die erneuten Kürzungen gestimmt“, so die Senatorin. „Die Bundesregierung zeigt sich hiervon allerdings völlig unbeeindruckt. Ich appelliere deshalb an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages: stoppen Sie den stadtentwicklungspolitischen Sturzflug der Bundesregierung.“

Die Städtebauförderung gebe seit vielen Jahren wichtige Impulse und unterstütze die Städte bei gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen. Die drastischen Einschnitte bekomme insbesondere das Baugewerbe und das Handwerk zu spüren. Bei den Programmen der Städtebauförderung fallen nicht nur 305 Mio. Euro Bundesmittel weg, sondern auch die Komplementärmittel der Länder und Kommunen in doppelter Höhe. Da gerade der Städtebauförderung durch die Anstoßwirkungen hohe Wachstums- und Beschäftigungseffekte beizumessen sind – laut einer

Studie aus dem Hause Ramsauer löst 1 Euro Städtebauförderung 7 Euro weitere öffentliche und private Investitionen aus -, wirken sich die Kürzungen negativ auf Arbeitsmarkt und den Haushalt insgesamt aus.

„Die Kehrtwende in der Stadtentwicklungspolitik wird die soziale Spaltung in den Städten verschärfen und den Umbau im Hinblick auf demographische Veränderungen und Klimawandel erschweren“, so die Prognose von Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer.

„Die Kürzung trifft in erster Linie die Kommunen. Sie erhalten nur noch geringe Unterstützung bei der Bewältigung des demografischen Wandels, der ökologischen Stadterneuerung und der sozial-integrativen Stadtentwicklungspolitik. Dies wirkt sich auf die wirtschaftlichen Potenziale der Städte und Gemeinden aber vor allem auf die Lebensqualität und das Wohnumfeld der Menschen in den betroffenen Gebieten aus.“



Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer.

PM □

# Integration kann nicht verordnet werden

Klaus Wowereit beim Empfang der AG Migration

Die Arbeitsgemeinschaft Migration der Berliner SPD hatte eingeladen und zahlreiche Berlinerinnen und Berliner waren gekommen: Nach der Begrüßung der Gäste in der Berlinischen Galerie durch Ülker Radziwill, Vorsitzende der AG Migration, und durch Michael Müller, Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD, hob Klaus Wowereit in seiner Rede vor allem die Chancen hervor, die das Thema Zuwanderung der Gesellschaft bietet.

Zugleich rief der Regierende Bürgermeister dazu auf, dass Integration von der gesamten Gesellschaft gelebt werden müsse. Es sei kein Thema, bei dem die Politik allein durch Verordnungen Lösungen herbeiführen könne. Gleichwohl seien weitere Reformen beispielsweise beim Wahlrecht wünschenswert und auch bei den Themen Bewerbung und Berufseinstieg müssten Politik und Gesellschaft auch zukünftig gegenüber etwaigen Diskriminierungen wachsam bleiben.

Das Querschnittsthema Migration ist bei der Berliner SPD in sehr guten Händen! Das wurde im weiteren Verlauf des Abends bei



Empfang der AG Migration mit Klaus Wowereit.

Foto: Malte Andersch

verschiedenen Kurzinterviews deutlich. Die Kandidatenaufstellung der SPD für die Abgeordnetenhauswahl am 18. September ist ein sichtbares Zeichen dafür, dass die SPD, den Anspruch erhebt, einen breiten Querschnitt der Bevölkerung im Parlament zu repräsentieren.

Die Direktkandidatinnen und Direktkandidaten machten in ihren Antworten -

häufig unter Bezug auf die eigene Biografie - klar, wo für sie Schwerpunkte beim Thema Integration liegen. Die lebendige Veranstaltung bot in den Räumen der Berlinischen Galerie und bei musikalischer Begleitung durch die Gruppe „coPart“ zahlreiche Gelegenheiten zu persönlichen Gesprächen mit VertreterInnen aus Landes- und Bezirkspolitik. **Malte Andersch** □

## Perspektiven für den Museumsstandort

Dahlemer Räume für das Medizinhistorische Museum der Charité? Ein Vorschlag zur Nutzung

**Ein Museum ist keine Krankheit. Während im heutigen deutschen Krankenhauswesen jedes Krankenhaus für jede Blinddarmoperation eine feste Summe erhält, bekommt es für ein Museum gar nichts. Jedenfalls nichts aus dem seit einigen Jahren geltenden diagnosebezogenen Fallgruppensystem. Das für über hundert Jahren von Rudolf Virchow begründete Medizinhistorische Museum der Charité nimmt immerhin, vor allem durch Eintrittsgelder, etwa 300.000 Euro ein, braucht aber eine Million, so daß ein jährliches Defizit von etwa 700.000 Euro zu Buche schlägt.**

Der Vorstand der Charité ist, wie in der lokalen und überregionalen Presse zu lesen war, zu der Auffassung gelangt, daß das Medizinhistorische Museum nicht mehr zum Kerngeschäft gehöre und mit Blick auf die finanziellen Zwänge, eine schwarze Null zu erwirtschaften, möglicherweise zur Disposition stehe. Nach dem Rauschen im Blätterwald erklärt der Vorstand etwas geschmeidiger, andere Finanzierungen müssten her. Und Depotflächen auch.

Gerade wenn man diesen arg beliebigen Umgang mit einem einzigartigen histori-

schen Erbe als Last fragwürdig findet, ist man eingeladen, innovative Lösungen zu finden. Die in den meisten Wahlprogrammen gerade nachzulesenden Wünsche nach verstärkter Kooperation von Charité und Vivantes, die gelegentlichen Vorschläge einer Holding beider, einer Stiftung für die Charité, die Frage einer Fusion mit dem Delbrückzentrum, die Schaffung einer Bundesuniversität, all das wird noch eine gute Weile diskutiert werden. Wann Ergebnisse vorliegen, ist offen.

Die von der Bundesregierung aktuell erklärte grundsätzliche Bereitschaft, der Charité zu helfen, könnte jedoch sehr rasch zu einem konkreten Ergebnis führen, wenn das Medizinhistorische Museum dem Verbund der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, zu dem ohnehin gute Kooperationsbeziehungen bestehen, angegliedert wird. Damit könnte seine Zukunft unabhängig von den Wechselfällen deutscher Krankenhausfinanzierung gesichert werden.

Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz sollte sich erklären, ob das gefährdete Medizinhistorische Museum der Charité nicht in der Stiftung Aufnahme finden kann. Und sie sollte bei der Diskussion über eine Nachnutzung der mit dem Humboldtfo-

rum freiwerdenden Dahlemer Museumsbauten auch prüfen, ob das Medizinhistorische Museum nicht in den denkmalgeschützten Museumsbauten der Stiftung in Dahlem eine neue Heimstatt finden kann.

Mit den Museen in Dahlem erhielten das Medizinhistorische Museum und die mit ihm vernetzten Bestände mittelfristig sehr viel mehr modernen Ausstellungsraum zur Präsentation und bessere Möglichkeiten zur pädagogischen Vermittlung. Auch Depotflächen stünden reichlich zur Verfügung.

Die Medizinlandschaft im Südwesten Berlins würde, weit über das Universitätsklinikum Benjamin Franklin hinaus, nach mancherlei Verlusten in Forschung und Lehre wieder gestärkt. Mit der Freien Universität ist ein attraktiver Partner für neue Kooperationen fußläufig erreichbar. Mit Kliniken in privater Trägerschaft wäre ebenfalls eine Kooperation von Tür zu Tür erleichtert. Zugleich würde die dezentrale Museumsstruktur, die sich auch im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs in Berlin entwickelt hat, erhalten und eine museale Branche an Stelle der Dahlemer Museen vermieden. Der Bund ist am Zug.

**Dr. Hans Willi Weitzen** □

Wahlkampf:

# Der Countdown zum 18. September läuft

Feste - Marktbesuche - Kiezspaziergänge - Sprechstunden - Infostände

**Wahlkampf ohne Pause: Noch gut eine Woche hat die Berliner SPD Zeit, um zu mobilisieren und eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu erreichen - damit nicht nur Umfragen gewonnen werden.**



Frank-Walter Steinmeier in der Kleingartenkolonie in Adlershof. Foto: Julian Lange

## STEINMEIER IN ADLERSHOF

Alles ist gut. In der Kleingartenanlage „Lange Gurke“ im schönen Treptow-Köpenick ist an diesem Nachmittag der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier zu Gast. Nach einem langen Sitzungsmarathon zur Eurokrise freut er sich sichtlich über lauschige Vereinsatmosphäre und Gartenführungen. Es wird viel gelacht an der liebevoll gedeckten Tafel im Vereinsheim. Ellen Haußdörfer, Spitzenkandidatin der SPD in Treptow-



Am Stand der Wilmersdofer SPD in der Konstanzer Straße: Klaus Wowereit Foto: Saalfrank

Köpenick und Oliver Igel, Kandidat für das Amt des Bezirksbürgermeisters informieren Steinmeier ausführlich über rechtliche Feinheiten der Kleingärtnerei, einen Vortrag über die Historie der Anlage gibt es auch. Der ein oder andere Zuhörer macht sich am Freitagnachmittag ein zischendes Kaltgetränk auf. Steinmeier bemerkte schelmisch: „Alle ganz vernünftig hier - wird auch nur Wasser getrunken.“ Steinmeier hat alle auf seiner Seite. Am Ende, die Abendsonne rötet sich, kommt der Fraktionsvorsitzende noch auf den Berliner Wahlkampf zu sprechen. Hier müsste er niemanden mehr überzeugen, hätte man ihm gesagt, deshalb nur einen Merkspruch für den 18. September: „Wenn in Berlin die Sonne lacht, dann hats die SPD gemacht. Zieht sich der Himmel aber zu, dann wars die CDU.“ Alles wird gut.



Juso-Aktion für Bettina König in Reinickendorf. Foto: SPD Reinickendorf

## GANZ IN ROT IN DER RESIDENZSTRASSE

Ein echter Hingucker: Mit roten Perücken, roten T-Shirts und Plakaten zogen am Dienstag 10 Jusos durch die Residenzstr. und sorgten für viele überraschte und noch mehr amüsierte Blicke. Die Aufmerksamkeit der BürgerInnen war Ihnen sicher. Mit Sprüchen wie „5 Minuten zum Wahllokal, 1 Minute wählen. 5 Jahre gut vertreten“, „Bettina König - 18. September, mein Kreuz im Kalender!“ und „Vereinbar sind Beruf und Kind, wenn ihr für Bettina stimmt“ riefen die Jusos zur Wahl auf und gaben gute Argumente für die Wahl der Direktkandidatin der SPD, Bettina König. Sie begleitete die Aktion mit einem Infostand und einer anschließenden Bürgersprechstunde. **PM** □

## „Älter werden in einer Welt des Wandels“

Bundeskongress der AG 60plus in Berlin - Heidemarie Fischer in den Bundesvorstand gewählt

**Am 31. August und 1. September tagte der Bundeskongress der AG 60plus im Hotel Maritim in der Stauffenbergstraße. 250 Delegierte aus allen Bundesländern und der neunköpfige Bundesvorstand kamen nach Berlin, um einen neuen Bundesvorstand zu wählen und fast 100 Anträge zu beraten und zu beschließen. Berlin trat mit sieben Delegierten an, während die zahlenmäßig stärkste Delegation aus NRW mit 58 Delegierten anreiste.**

Die bisherige Bundesvorsitzende Erika Drecoll aus Rostock kandidierte nicht wieder. Zur neuen Bundesvorsitzenden wurde Angelika Graf aus Bayern gewählt. Sie ist die Landesvorsitzende von Bayern und Mitglied des Bundestages.

Neben zwei stellvertretenden Vorsitzenden wurden sechs Beisitzer/innen ge-

wählt, von denen die Berliner stellvertretende Landesvorsitzende Heidemarie Fischer das beste Stimmenergebnis erhielt. Damit ist Berlin erstmals im Bundesvorstand der AG 60plus vertreten.

Höhepunkt des ersten Tages war eine fulminante Rede des Regierenden Bürgermeisters und stellvertretenden Bundesvorsitzenden Klaus Wowereit, die die Delegierten von den Stühlen riss und einen minutenlangen Beifallsorkan auslöste.

Klaus Wowereit sprach zum Thema „Lebensqualität für Alt und Jung in Berlin“, streifte aber fast das gesamte Spektrum der aktuellen Politik. Hauptredner des zweiten Tages war der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel. In seinen Ausführungen zur Parteireform erklärte er, dass er nach wie vor für die großen Arbeitsgemeinschaften in der SPD eintrete, weil sie so-

wohl nach innen als auch nach außen eine große Bedeutung für die Partei hätten. Er könne sich, so der Parteivorsitzende, einen Wahlkampf ohne Unterstützung der AG 60plus gar nicht vorstellen.

Die Beratung der vielen Anträge zog sich über beide Tage hin. Herausgehoben war ein Leitantrag des Bundesvorstands „Erfahrung schafft Zukunft - älter werden in einer Welt des Wandels“ und ein Antrag zum Thema Rente „Wandel erzwingt Reformen - Für ein solidarisches Generationenprojekt“. Dieser Antrag ähnelt inhaltlich dem, den in Berlin bereits die Jusos und die AG 60plus beraten aber noch nicht beschlossen haben. Beide Anträge wurden an den Bundesparteitag der SPD überwiesen.

**Werner Kleist, Landesvorsitzender der AG 60plus** □

Arbeitsgemeinschaften:

# Politik und Recht

## Die ASJ lud zum Empfang

**Im Restaurant „Alte Pumpe“ kamen am 30. August rund hundert sozialdemokratische Juristinnen und Juristen zusammen, um sich in entspannter Atmosphäre über Politik und Recht auszutauschen. Das ehemalige Pumpwerk VII Genthiner Straße bildete eine reizvolle Kulisse für den gemeinsamen Empfang der ASJ Berlin und Brandenburg.**

In ihrem Grußwort sprach Justizsenatorin Gisela von der Aue über die rechtspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre. Anschließend hielt Thomas Oppermann, der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, einen Vortrag über die Problematik der verfassungsmäßigen Ausgestaltung des Bundeswahlgesetzes. Dabei kritisierte er die Versäumnisse der schwarz-gelben Bundes-



Thomas Oppermann und die ASJ-Vorsitzende Vera Junker. Foto: Malte Andersch

regierung bei der Neuregelung des Gesetzes und hob hervor: „Überhangmandate sind verfassungswidrig!“

Nach der anschließenden Diskussionsrunde setzten die Gäste den Abend bei intensiven Gesprächen, Getränken und Grilltem fort. **Malte Andersch** □

Ehrung

# Sie blieb Sozialdemokratin

## Willy-Brandt-Medaille für Waltraud Bollin

**Die politische Arbeit unter zwei Diktaturen hat Waltraud Bollin miterlebt. Schon in der Nazizeit in den dreißiger Jahren begleitete sie ihren Vater zu SPD-Treffen, die im Berliner Vereinshaus der Lehrer stattfanden. Sie erinnert sich noch gut daran, obwohl sie ein kleines Kind war. 1946 trat sie dann selbst in die SPD ein.**

Aufgrund des Vier-Mächte-Status der Stadt Berlin konnte sie trotz der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED in der SPD aktiv bleiben. Dies nahm erst mit dem Mauerbau ein jähes Ende. Ende August 1961 wurden die Kreisbüros der SPD im Ostteil der Stadt geschlossen. Eine weitere politische Arbeit war den Genossinnen und Genossen in Ost-Berlin für die SPD nicht mehr möglich. Waltraud Bollins Mitgliedschaft ruhte seitdem. Aber sie blieb Sozialdemokratin, nicht nur im Herzen. Nach der friedlichen Revolution 1989 und der Wiedergründung der sozialdemokratischen Partei im Ostteil Deutschlands meldete sich Waltraud Bollin auch politisch wieder zurück. Sie engagierte sich in der SPD Köpenick, war unter anderem Vorsitzende der Seniorenorganisation AG 60plus der SPD Köpenick und im Ortsverein Wendenschloß aktiv. Dort gehörte sie viele Jahre zum Vorstand, unter anderem als Kassiererin.

65 Jahre ist Waltraud Bollin nun Mitglied



Der SPD-Kreisvorsitzende Oliver Igel überreichte Waltraud Bollin die Willy-Brandt-Medaille.

Foto: SPD T-K

der SPD. Dafür wurde sie vom SPD-Kreisvorsitzenden Oliver Igel bei einer Zeitzeugenveranstaltung gewürdigt und mit der „Willy-Brandt-Medaille“ der SPD geehrt - der höchsten Auszeichnung, die die SPD zu verleihen hat.

Waltraud Bollin ist auch heute noch politisch aktiv und ein wichtiger Ratgeber in der SPD Treptow-Köpenick. Sie besucht regelmäßig die Versammlungen des Ortsvereins und der AG 60plus. Außerdem hat sie sich ihr Leben lang im Sport engagiert und geht auch heute noch regelmäßig zu ihrem Segelverein in Wendenschloß. **PM** □

## FRAKTION INTERN

**Letztes Plenum vor der Wahl.** Alle Fraktionen haben die letzte Sitzung des Berliner Abgeordnetenhauses in dieser Legislatur genutzt, um vor der Abgeordnetenhauswahl am 18. September noch einmal Bilanz zu ziehen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Michael Müller warf CDU und Grünen schwere Versäumnisse und ein Zerrbild der Realität in Berlin vor.

Mit Blick auf die Wahlplakate mit brennenden Autos kritisierte Müller: „Wir lassen uns das liberale und weltoffene Klima nicht kaputt machen, weder von links noch von rechts.“

Er sei froh, dass Grün-Schwarz in den vergangenen fünf Jahren nicht in Berlin regiert habe, sagte Müller. „Wir hätten keine gebührenfreien Kitajahre, aber Studiengebühren. Die Hauptschule wäre nicht abgeschafft worden. Die Flughäfen Tempelhof und Tegel mit all ihrer Belastung für die Innenstadt würden in Betrieb bleiben, würden nicht zur Naherholung oder für das Berliner Gewerbe zur Verfügung stehen. Der Willy-Brandt-Flughafen wäre nicht kurz vor seiner Fertigstellung, und wenn, dann höchstens als Regionalflygafen. CDU und Grüne hätten die Bankgesellschaft für zehn Millionen statt für 5 Milliarden Euro verkauft und damit dem Landshaushalt schweren Schaden zugefügt. Sie hätten Hunderttausend weitere Wohnungen privatisiert, die S-Bahn stünde kurz vor der Zerschlagung.“

**Abschied von Abgeordneten.** Mehrere SPD-Fraktionsmitglieder kandidieren nicht mehr zur Abgeordnetenhauswahl: Dr. Fritz Felgentreu, Petra Hildebrandt, Torsten Hülse, Dr. Andreas Köhler, Günther Krug, Jutta Leder, Walter Momper, Christa Müller, Ulrike Neumann, Claudia Tietje, Peter Treichel, Carl Wechselberg und Stefan Zackenfels. Die SPD-Fraktion dankt ihnen für ihre Leistungen für die Stadt und für die Bürgerinnen und Bürger.

**Antrag zu Flugrouten verabschiedet.** Das Abgeordnetenhaus hat auf Initiative der SPD-Fraktion einen Antrag zum Willy-Brandt-Flughafen verabschiedet. Das Parlament unterstützt den Senat in seinem Bestreben, die von der Deutschen Flugsicherung vorgelegten Flugrouten noch einmal in einzelnen Punkten überprüfen zu lassen.

Insbesondere da, wo durch die Veränderungen Anwohnerinnen und Anwohner neu betroffen sind, haben Umweltbundesamt und Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung die Verpflichtung zu einer vertieften Verträglichkeitsprüfung und zur Erwägung von Alternativrouten, heißt es unter anderem in dem Antrag. **CS** □

Gesundheitspolitik:

# Schwarz-gelbe Privatisierungspläne

Mechthild Rawert über die Baustellen Pflege und Pflegeversicherung

Mit der 1995 eingeführte Pflegeversicherung ist für alle Versicherten ein Rechtsanspruch auf Hilfe bei Pflegebedürftigkeit gesetzlich festgeschrieben. Diese Teilkaskoversicherung wurde ständig weiterentwickelt. Unter der Ägide von Ulla Schmidt wurde im Pflege-Weiterentwicklungsgesetz 2008 der Grundsatz „ambulant vor stationär“ gestärkt, u.a. durch den Rechtsanspruch auf Pflege-Beratung, die Einrichtung von Pflegestützpunkten, die Pflegezeit für pflegende Angehörige, die Verbesserungen der Pflegeleistungen, die Förderung von Prävention und Rehabilitation. Gesichert wurde die Finanzierung der Pflegeversicherung bis 2014/15 durch die paritätische Anhebung des Beitragssatzes um 0,25 Prozentpunkte. Weitergehende strukturelle Leistungsverbesserungen scheitern an der CDU/CSU.

Wir brauchen weitere qualitative Verbesserungen für die Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen durch die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes. Wir brauchen unbedingt eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Wir brauchen den Ausbau der solidarischen und paritätischen Umlagefinanzierung der Pflegeversicherung. Die SPD-Bundestagsfraktion hat hierzu umfangreiche Vorschläge vorgelegt.

## SCHWARZ-GELB STEHT FÜR EINE PRIVATISIERUNG DER PFLEGE

Jüngere Unionsabgeordnete haben gegen die eigene Regierung Druck gemacht und für die anstehende „Pflegereform eine Ergänzung des bestehenden Umlageverfahrens um eine Kapitalrücklage“ gefordert. Der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag sieht vor, dass die umlagefinanzierte soziale Pflegeversicherung durch eine verpflichtende und individualisierte, kapitalgedeckte Privatversicherung ergänzt wird. Diese Aussicht erfreut die private Versicherungswirtschaft und die Arbeitgeber, führte aber schon 2009 zu massiven gesellschaftlichen Protesten.

Vor wenigen Tagen ließ Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) durchblicken, Eckpunkte zur Pflegereform kämen im September. Auf jeden Fall solle aber eine verpflichtende private Zusatzvorsorge eingeführt werden. Ob die Beiträge zur Pflegeversicherung steigen, blieb ebenso offen wie die sehr bedeutsame Frage: Was wird an Verbesserungen für die Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen,



Mechthild Rawert (MdB) ist Mitglied des Gesundheitsausschusses. Foto: Horb

was für die Beschäftigten getan? Was mich empört: Über Geld wird geredet, über Inhalte geschwiegen.

## ARBEITGEBER UNTERSTÜTZEN DIE FDP

Umgehende Assistenz erhielt das FDP-geführte Gesundheitsministerium durch Arbeitgeber-Präsident Dieter Hundt. Dieser warnt vor einem Anstieg der Beiträge, fordert aber die Einführung eines Kapitaldeckungssystem in der Pflegeversicherung. Wen wundert's: Die Zusatzbeiträge zahlen die Versicherten alleine, die Beiträge für die Pflegeversicherung werden (noch) paritätisch von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen gezahlt.

Mich erschreckt, dass Herr Hundt so tut,

## „Der Albaner“

### Die SPD Neukölln lädt ein zur Filmvorführung und Diskussion des Films „Der Albaner“.

Im Anschluss diskutiert die Neuköllner SPD-Wahlkreisabgeordnete Kirsten Fleisch mit dem Regisseur Johannes Naber, dem gesundheitspolitischen Sprecher der SPD im Abgeordnetenhaus Thomas Isenberg und einem Vertreter des Büros für Medizinische Flüchtlingshilfe über den Film und über Illegalität in Deutschland.

➔ 15.09., 19:00, Movimiento, Kottbusser Damm 22, 10967 Berlin. Eintritt gegen eine Spende von 2,00 Euro für die Medizinische Flüchtlingshilfe Berlin.

als hätte es die Finanzkrise nicht gegeben, als gäbe es auch jetzt die Vernichtung von Kapital nicht. Wer gut ausgebildete, motivierte und flexible Arbeitskräfte haben will, muss endlich aufhören, über Sozialversicherungsabgaben zu lamentieren. „Gute Arbeit“ hat ihren Preis.

Gesunde Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in ihrem Leben auch Verantwortung für Kinder und pflegende Angehörige übernehmen, gibt es nicht zum Nulltarif. Es gibt für Arbeitgeber keinen realen wirtschaftspolitischen Grund, sich aus der paritätisch zu zahlenden Sozialen Pflegeversicherung rauszuziehen.

## PFLEGEVERSICHERUNG IST SOLIDARISCH ZU FINANZIEREN

Die Finanzierung der Pflegeversicherung ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Herausforderungen dieses Jahrzehnts. Dabei haben sich die Bedingungen am Wohl der Pflegebedürftigen als auch der haupt- und ehrenamtlich Tätigen zu orientieren.

Ich spreche mich nicht gegen eine moderate Anhebung der Pflegeversicherungsbeiträge aus. Dieser muss aber ein mehr an Qualität und Sicherheit in den Pflegeleistungen entsprechen.

Ich widersetze mich aber energisch einer einseitigen Belastung der Versicherten durch unsoziale Kopfpauschalen. Diese missachten den Grundsatz der Solidarität und Parität, produzieren einen enormen Verwaltungsaufwand und überfordern viele Geringverdienende. Den Anspruch auf eine menschenwürdige, qualitativ hochwertige Pflege haben alle, nicht nur Reiche. Diese Haltung wird von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis, von Gewerkschaften und allen Wohlfahrtsverbänden geteilt.

## BÜRGERVERSICHERUNG PFLEGE

In der SPD-Bundestagsfraktion debattieren wir die Einführung einer Bürgerversicherung Pflege. In diese werden alle entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit einbezogen, werden die Arbeitgeber paritätisch beteiligt. Einbezogen werden soll auch die private Pflegeversicherung.

Es geht nicht an, dass hier aufgrund der unterschiedlichen gesundheitlichen Risikoverteilung Milliarden Euro Rücklagen bunkern und gesetzlich Versicherte benachteiligt werden. Die Finanzierung der Pflegeversicherung ist eine Gemeinschaftsaufgabe aller. **Mechthild Rawert** □



Parteiarbeit:

# Die SPD muss den Dialog suchen

## Dmitri Stratievski über den Umgang mit der russischsprachigen Community

**Die Berliner SPD müsse den Dialog mit der russischsprachigen Gesellschaft als einer potentiellen SPD-Wählerschaft stärker führen, sagt Dmitri Stratievski. Er macht auch Vorschläge, wie.**

**BS:** Wie viele „Russen“ leben heute in Berlin?

**Dmitri Stratievski:** Der Migrationshintergrund von sogenannten „Russen“ bleibt in der deutschen Statistik meist unbeachtet. In der Regel wird die Staatsangehörigkeit als entschiedenes Merkmal gesehen. Nach der Einbürgerung sind u.a. russischsprachige Berlinerinnen und Berlinern als solche nicht mehr statistisch zu erfassen. Der Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes sieht den Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund, aber keine Eingliederung nach Nationalitäten. Die zugängliche Berliner Statistik bietet nur ausgewählte Infos über die nichtdeutschen Bürgerinnen und Bürger der Stadt. Stellvertretend für alle GUS-Länder findet man dort nur Angaben über die angemeldeten Staatsbürger Russlands. Russland ist doch nicht der einzige Nachfolgestaat der Sowjetunion. Deshalb können hier nur Schätzungen behilflich sein. Diesen zufolge leben heute in Berlin ca. 120.000 Menschen aus dem postsowjetischen Raum, deren Muttersprache Russisch ist. Mindestens 70.000 davon besitzen den deutschen Pass.

**BS:** Wie stark sind die Menschen mit postsowjetischem Migrationshintergrund in der deutschen Politik präsent?

**Dmitri Stratievski:** Sie sind in der Bundespolitik deutlich unterrepräsentiert. In Berlin sind sie überhaupt nicht dabei, wenn wir Parteigremien, Abgeordnetenhaus oder Bezirksverordnetenversammlungen anschauen. Die nichtdemokratischen Parteien wie Republikaner oder die NPD bemühen sich hingegen seit langem, in der russischsprachigen Community Fuß zu fassen. In der sogenannten „Bürgerbewegung Pro Deutschland“ kandidiert eine Russischsprachige sogar auf dem Listenplatz 3 für das Berliner Parlament.

**BS:** Gab es schon seitens der Berliner SPD ernsthafte Versuche, diese Bevölkerungsgruppe anzusprechen?

**Dmitri Stratievski:** Bisher nicht. Im Netz findet man eine Kurzfassung des Berliner Wahlprogramms auf Russisch. Auch eine knappe russischsprachige SPD-Präsentation wurde ins Internet gestellt. Meines Erachtens ist das zu wenig. Fürs Lesen dieser Materialien ist das einleitende Interesse vorausgesetzt, d.h. diese Publikationen erhalten nur diejenigen zur Kenntnis, die



**Dmitri Stratievski ist 36 Jahre alt, geboren in der ehemaligen Sowjetunion. In der Ukraine hat er Slawistik und Journalismus, in Berlin Geschichte und Politik studiert. Zurzeit ist er in der Graduiertenförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung und promoviert im Bereich Geschichtswissenschaften an der FU Berlin. Er hat an verschiedenen wissenschaftlichen und gemeinnützigen Projekten bei den staatlichen und privaten Institutionen zu den sozial- und gesellschaftspolitischen Themen als freier Projektleiter mitgearbeitet. Dmitri Stratievski ist verheiratet und hat zwei kleine Töchter.**

ohnehin die SPD-Homepage gezielt besuchen. Meiner Meinung nach ist ein gewisses Desinteresse mit einem fest verankerten Gedanken zu erklären: „Die Russen sind entweder politisch passiv oder sowieso ein CDU-Klientel“. Das aber stimmt nicht! Mit bereits genannten Zahlen bilden die „Russen“ eine der größten Migrantengruppen in Berlin. Hier ist eine konsequente und vielseitige Arbeit dringend nötig. Wir können uns als Partei das Weggucken und Außer-Acht-Lassen nicht mehr leisten.

**BS:** Ist dieser Personenkreis homogen? Sind die Russischsprachigen gut organisiert und vernetzt?

**Dmitri Stratievski:** Nein. Selbst die Einwanderungswellen aus der Sowjetunion waren ethnisch bunt. Zu den größten Gruppen gehören deutschstämmige Aussiedler und Spätaussiedler, überwiegend aus Kasachstan, Russland, Kirgisien und der Ukraine, pauschal als Russlanddeut-

sche bekannt sowie jüdische Einwanderer oder sogenannte „Kontingentflüchtlinge“. Ferner sind auch in Berlin beschäftigte russischsprachige Fachkräfte und „russische“ Ehegatten der Deutschen sowie eine große studentische Community zu nennen. Aus diesem Grunde würde ich eher die kulturelle Herkunft bzw. gemeinsame mentale Erkennungszeichen als eine Art Bündelung für diesen Personenkreis in Vordergrund stellen. Weiterhin spielt auch die Muttersprache eine wichtige Rolle. „Russkij Berlin“, die größte russischsprachige Zeitung in unserer Hauptstadt, hat als Slogan den Spruch „Unsere Heimat ist die russische Sprache!“

In Berlin funktioniert eine Vielzahl russischer Intergrationsvereine, die z.B. Sprachkurse unter verbilligten Konditionen anbieten oder als Treffpunkt für ältere Menschen dienen. Für die junge Generation werden Diskos angeboten. Gelegentlich werden Werke russischer Künstler ausgestellt. Im Großen und Ganzen findet die russische Vereinswelt in Berlin keine altersübergreifende Anerkennung. Das Wort Integration wirkt oftmals abschreckend. Die Logik dabei ist nicht selten folgendes: „Wozu brauche ich das, wenn ich meine Familie, Arbeit und deutsche Freunde hierzulande habe? Ich bin doch vollintegriert.“ Auch unterschiedliche nationale Abstammungen und verschiedene Erfahrungen in den weit voneinander entfernten Teilen des postsowjetischen Raumes sind hier von Bedeutung.

**BS:** Warum wollen Sie mit dieser Bevölkerungsgruppe arbeiten?

**Dmitri Stratievski:** Diese Problematik ist mir persönlich in mehreren Hinsichten wichtig. Zum Ersten, schrumpfte die SPD 2011 auf weniger als 500.000 Mitglieder, erstmals seit 100 Jahren. Wir brauchen neue Mitglieder, neue Kraft, frische Ideen, wir müssen den neuen gesellschaftspolitischen Herausforderungen entsprechen und neue Kreise miteinbeziehen. Zum Zweiten, habe ich selbst eine postsowjetische Migrantentbiographie. 1997 übersiedelte ich nach Deutschland. Ich kenne typische Probleme, Schwierigkeiten und Hemmungen, denn ich dies selbst erlebt und mit diesen konfrontiert habe: Integration in der Anfangsphase, Sprache, Selbstfinanzierung des Studiums, Familienzusammenführung mit meiner Ehefrau, Jobsuche usw. Auch meine Erfahrung in den gemeinnützigen Integrationsprojekten wird hier vom Vorteil sein.

**BS:** Brauchen die Russischsprachigen ei-

**Fortsetzung Seite 10**

**Fortsetzung von Seite 9**  
ne „besondere Behandlung“ in der und von der Politik?

**Dmitri Stratievski:** Das würde ich nicht behaupten. Sie haben gleiche Sorgen wie ihre deutsche und nichtdeutsche Mitbürgerinnen und Mitbürger: bessere Ausbildung für seine Kinder und für sich selbst, fair bezahlte Jobs und Aufstiegschancen, besseres Gesundheitswesen, bezahlbare Mieten. Eine kürzlich von der Bertelsmann-Stiftung veröffentlichte Studie zeigt, dass beispielsweise die Auffassung, die Schulen in benachteiligten Stadtteilen sollen besser ausgestattet sein als andere Schulen, von 66 Prozent befragter Deutschen, 71 Prozent der Russischstämmigen und 76 Prozent der Deutsch-Türken unterstützt wird. Bei den sozialen Fragen sind sich alle Nationalitäten einig. Und alle braucht eine ehrliche Ansprache unter dem Motto „Ihr seid hier. Ihr leistet euren Beitrag zu unserer Gesellschaft. Wir akzeptieren und respektieren euch. Die SPD ist bereit, mit euch über eure Wünsche, Vorstellungen und Problemen zu reden.“

**Was schlagen Sie konkret vor?**

## Praxis in der Schule

Ulrich Johannes Kledzik über Duales Lernen und Arbeitslehre

**In Schulreformen wird der Versuch unternommen, auf die gesellschaftlichen Fortentwicklungen zu antworten, ihnen gerecht zu werden. Die in der ausgehenden Legislaturperiode vorgenommene Veränderung der Struktur der Berliner Schulen ist also Teil eines latenten Prozesses, der sich jedoch nicht im Strukturellen erschöpfen kann, sondern genau so intensiv die ständige Definition schulischer Inhalte und der für ihre Umsetzung notwendigen didaktischen Methoden aufnehmen muss.**

Die vor Jahren äußerst kontrovers geführte Curriculum-Debatte schreckt bis heute Bildungspolitiker und nicht wenige Schulpädagogen. Man wagt sich nur an Teilbereiche. Der Komplex DUALES LERNEN ist ein solcher Teilbereich mit dem versucht wird, in einem Sektor eingeleitete Reformmaßnahmen inhaltlich und didaktisch, also schulpädagogisch zu gestalten.

Man hat dabei vornehmlich den Schülertyp im Blick, der gerade in dieser Reform berechtigter Weise auf ihn bezogene inhaltliche und didaktische Maßnahmen erwarten darf. Handlungsorientierung gehört dazu, also ein methodisches Vorgehen in Unterricht und Erziehung, das über eigenes Tätigwerden Wissen, Können und Selbstbewusstsein aufbauen hilft. Diese Herausforderung wird über vier Jahrzehnte gerade in unserer Stadt als sozialdemo-

**Dmitri Stratievski:** Ich plane meine Beschäftigung in kurz-, mittel-, und langfristiger Perspektive. Vorgesehen sind drei Richtungen: Stärkung politisch-demokratischer Kultur bzw. Bereitschaft wählen zu gehen, Dialog mit der russischsprachigen Gesellschaft als mit einer potentiellen SPD-Wählerschaft bzw. möglichen neuen Parteimitglieder sowie die Vernetzung der russischsprachigen Genossinnen und Genossen. Leider mahlen die SPD-Mühlen bekanntlich ziemlich langsam. Für aktuelle „Wahlbedürfnisse“ habe ich ein Faltblatt geschrieben. Mit vier Themenblöcken werden die SPD und Klaus Wowereit dargestellt, unsere Erfolge in Berlin nah gelegt, wichtigste Passagen aus dem Wahlprogramm präsentiert, das Wahlverfahren erklärt (was für die nicht hier Geborenen manchmal umständlich ist) sowie allgemein aufgerufen, wählen zu gehen, wofür eine Fünf-Gründe-Auflistung wirbt. Mittel- und langfristig wäre die Gründung einer Informations- und Kommunikationsstelle von Bedeutung, damit die SPD-Arbeit mit den russischsprachigen Bürgerinnen und Bürger tatsächlich einen kontinuierlichen

Charakter gewinnt. Gerne will ich einen Arbeitskreis der Russischsprachigen in der SPD ins Leben rufen, wofür ich selbstverständlich weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter innerhalb der Partei brauchen. Meiner Meinung nach wird dies zur Bereicherung und Stärkung der sozialdemokratischen Vielfalt führen. **BS □**

➔ Kontakt: stratievski@gmx.de

### Homophobie:

## BIG-Partei macht Wahlkampf mit Verleumdungen

**Die BIG-Partei verteilt zurzeit Flugblätter mit dem Titel „Alle Kinder schützen – BIG Partei gegen Schulfach „Schwul“. Die AG Migration und die AG Lesben und Schwule in Tempelhof-Schöneberg haben das verleumderische Hetzblatt der BIG-Partei auf das Schärfste verurteilt.**

„Mit Lügen, Halbwahrheiten und aus dem Zusammenhang gerissenen Fakten wird Stimmung gegen die sinnvolle und erfolgreiche Aufklärungsarbeit an den Schulen gemacht“, erklärten Orkan Özdemir, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Migration in Tempelhof-Schöneberg, und Hermann Zeller, Vorsitzender der AG Lesben und Schwule Tempelhof-Schöneberg (Schwusos).

Obwohl längst widerlegt, werde im Flugblatt der Eindruck erweckt, dass Kinder in der Grundschule mit Sexualpraktiken konfrontiert und für diese „geworben“ werden. „Es handelt sich um nichts anderes, als den Versuch, mit den Ängsten und Vorurteilen in der Gesellschaft zu spielen und so Stimmen für eine Partei zu gewinnen, die „Vielfalt“ propagiert, jedoch Vorurteile gegen Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen schürt“, so die beiden Vorsitzenden.

Sie forderten die BIG-Partei auf, die weitere Verbreitung des Flugblattes sofort einzustellen, sich von den verleumderischen Behauptungen darin öffentlich zu distanzieren und sich bei allen Eltern und dem Senat zu entschuldigen.

„Vielfalt reduziert sich bei uns nicht nur auf das Miteinander unterschiedlicher kultureller Gruppen, sondern bedeutet auch Respekt und Toleranz gegenüber alternativen Lebensentwürfen und -einstellungen“, so Orkan Özdemir und Hermann Zeller.

Die BIG-Partei beschreibt sich selbst als „eine von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen gegründete politische Partei“. „Etablierten Parteien“ wirft sie vor, wegen ihrer „diskriminierenden Haltung“ den Aufgaben nicht gerecht zu werden. **BS □**

kratische Anforderung erkannt und u.a. beispielsweise im Schulfach Arbeitslehre, in Betriebspraktika; Kooperationen mit außerschulischen Partnern, Materialstellung, Praktischem Lernen, Lehrerbildung an der TU etc. schulpolitisch und schulpädagogisch zu beantworten versucht.

Fachkundigen, Praktikern und Partnern blieb jedoch unscharf, warum das sozialdemokratisch geführte Ressort ohne überzeugende Definition eine Namensänderung der Schulfachbezeichnung vornahm und in enger Kooperation mit Wirtschaftsvertretern eine inhaltliche Neubestimmung aufnahm, die als so genanntes Duales Lernen bislang noch keine „konzeptionelle Tiefe“ erreichen konnte.

Jürgen Zöllner blieb in diesem Komplex unzugänglich und verunsicherte Praxis durch Abkehr von einem durch Rahmenplan gesicherten Unterrichtsfach zugunsten einer Vielzahl von Einzelvorhaben, die die Komprimierung eines Schul-Curriculums bislang vermissen lassen. Jürgen Zöllner gibt die Verantwortung für die Berliner Schule auf. Die Schulentwicklung in der nächsten Legislatur wird personell und konzeptionell diesen Komplex erneut angehen müssen, weil Schulreform never ends und unsere Grundwerte uns weiter mahnen: „Die Würde des Menschen ist unabhängig von seiner Leistung und seiner wirtschaftlichen Nützlichkeit“, (Hamburger Programm). **Ulrich Johannes Kledzik □**

Berliner Parteien:

# Kein neuer Lebensentwurf

## Piratenpartei: Software-Probleme und Alltagsstreit

**Umfragen sehen die Piratenpartei in Berlin kurz vor der 5-Prozenthürde. Dabei profitiert sie von einem Image, das mit ihrem Parteialltag nicht allzu viel zu tun hat.**

Sie sei eine Partei ohne „Vollprogramm“, erklärte ihr Spitzenkandidat Andreas Baum in einer Fernsehunde des RBB. Noch ist das ein Vorteil für sie, denn bei vielen gesellschaftspolitischen Fragen dürfte eine Einigung der Parteimitglieder auf gemeinsame Forderungen schwer möglich sein. Das hatte sich schon bei ersten Debatten auf Bundesebene gezeigt. Bürgerrechte und freies Internet sind die Themen, mit denen die Piraten jetzt in der Öffentlichkeit verbunden werden.

Aber ausgerechnet an ihrer Software scheiterten die Piraten Ende Februar, als sie ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Berliner Landesliste aufstellen wollten. Transparenz bei den politischen Entscheidungen wollte die Partei herstellen. Zur Entscheidungsfindung sollten Computerverfahren wie Liquid Feedback dienen, mit denen eine Beteiligung und Abstimmung über das Internet möglich wird. Schon hier zeigten sich die ersten Konfliktlinien: Darf man öffentlich einsehbar machen, welche Mitglieder welche Positionen haben? Wie transparent kann man Entscheidungen überhaupt machen ohne den Datenschutz aufzugeben? So verzögerte sich im vergangenen Jahr der Start des lange angekündigten Systems und die Administratoren wurden in letzter Minute ausgetauscht.

„SCHULZE“ GEGEN  
„SCHULZE-SIMPLE“

Auch bei der Berliner Kandidatenaufstellung für die Abgeordnetenhauswahl sollte Software helfen. Aber bei der elektronischen Verarbeitung der durch die Wahlhelfer von den Stimmzetteln erfassten Rohdaten kam es zum Fehler. Der verantwortliche Wahlleiter: „Das von der Versammlung beschlossene Wahlverfahren wird durch das Tool „schulze-simple“ von der Public Software Group umgesetzt. Ich habe die Daten jedoch von dem Tool „schulze“ (ebenso von der Public Software Group) verarbeiten lassen. Dieses Tool löst Stichwahlen bei Gleichstand von Kandidaten eigenständig auf, „schulze-simple“ tut das nicht.“ Damit aber wurde die Beschlusslage der Versammlung zum Wahlverfahren unterlaufen: Drei Stichwahlen hätten durchgeführt werden müssen.

Bei der notwendigen Wiederholung im März gewann dann der Ex-Vorsitzende



Gegen den Trend unterwegs: die Piraten.

Andreas Baum den ersten Listenplatz per Los. Zuvor hatte es Stimmgleichheit mit Pressesprecher Philipp Magalski gegeben. Auf Platz 7 von 17 kandidiert die einzige Frau der Piratenliste.

### PIRATEN RÄUMEN AUF

Es sind nicht allzu viele Mitglieder, die den Wahlkampf der Piraten tatsächlich tragen. Ihnen ist allerdings gelungen, dass die Plakate in der Stadt sichtbar sind. Und der Wahlkampf lässt weniger Zeit für internen Streit in der kleinen Partei. Der hatte noch im Frühjahr das unterschiedliche Politikverständnis in der Partei aufgezeigt. Beispiel Pankow: Der dortige CDU-Abgeordneter Conrad Felgner hatte zu Beginn des Jahres die Gelegenheit genutzt vor dem anstehenden Volksentscheid zum Wassertisch Plakate aufzuhängen – jedoch in eher eigener Angelegenheit und damit unberechtigt. Die Pankower Piraten konterten mit der Aktion „CDU wirbt mit Sauberkeit – Piraten räumen auf“ und vermeldeten, dass „einige Piraten die Ärmel hochgekrempt und die Schönwetterpolitik-Plakate ganz unvirtuell von den Laternen geholt“ haben. Im Bezirksverband der Piraten konnten sich Kritiker der Aktion nicht durchsetzen, Landesvorstandsmitglieder distanzieren sich aber deutlich und stritten anschließend mit den Pankower Piraten, ob der entsprechende Blogbeitrag mit dem Aufruf entfernt werden dürfte oder ob damit die Hoheit des Bezirksverbandes verletzt würde. „Eine solche Aktion ist einer auf rechtsstaatlichen Grundsätzen gefassten Partei unangemessen. Daher entschuldigt sich der Landesvorstand im Namen der Piratenpartei Deutschland Berlin bei der Christlich Demokratischen Union“, so schließlich die Stellungnahme des Landesvorstands.

„Ich hoffe, dass sich die Piraten nicht zu

einer Partei entwickeln, die Gesetzesübertretungen immer dann gutheißen (Attribut: „piratig“), wenn sie gerade im Interesse der Ziele der Partei sind und sie dann verurteilt, wenn sie das in der Partei vorherrschende Freiheitsbild bedrohen“, so ein Pankower Pirat, der bei der Gelegenheit gleich öffentlich seinen Austritt erklärte. Nicht ohne dass ihn seine bisherigen Mitstreiter an die einst hehren Ziele erinneren: „Du bist in unserer Partei nicht nur für einige Pankower wichtig, sondern auch viele passive Mitglieder verlassen sich auf dein Engagement. Da kann man nicht einfach mal eben austreten. Wir sind nicht nur eine Partei sondern auch ein ganz neuer Lebensentwurf.“

### GEGENENTWURF MIT GRENZEN

Der Gegenentwurf aber stößt - wie bei vielen kleinen Parteien - oft an menschliche Grenzen. So etwa als ein Reinickendorfer Pirat, früher Mitglied des Bundesvorstands der Grauen, die Markenrechte für die Piratenpartei eintragen ließ. Oder als nach der chaotischen Aufstellung der Landesliste Appelle an die Unterlegenen notwendig wurden, nun trotzdem Wahlkampf zu machen.

Auch die Notwendigkeit, das Programm über Punkte zum Internetrecht hinaus auszuweiten, führte schnell an Grenzen. Statt Politik zu machen, verbrämen die Piraten ihre Positionen als wissenschaftlich untersucht und damit als mehr oder weniger „alternativlos“. Beispiel Drogenpolitik: „Die Piraten folgen einer auf wissenschaftlichen Fakten beruhenden Suchtpolitik. Basis dieser Suchtpolitik sind: 1. Umfassende, ideologiefreie Aufklärung, 2. Genussskultur und Eigenverantwortung, 3. Qualitätskontrolle und Verbraucherschutz, 4. Hilfe für Risikokonsumenten, 5. Schutz von Nichtkonsumenten.“

Bei anderen Themen bleibt die Piratenpartei nebulös. Beispiel Kulturpolitik: „Der Zugang zu Kultureinrichtungen muss für alle Gesellschaftsschichten offen gehalten werden, damit diese Institutionen gesellschaftlich verankert sind. Desweiteren müssen größtenteils öffentlich finanzierte Einrichtungen auch für die Bevölkerung zugänglich sein.“ Welche öffentlich finanzierten Einrichtungen für die Bevölkerung derzeit nicht zugänglich sind, bleibt ein Rätsel. In Berlin ist auch ein Opernbesuch für Hartz-IV-Empfänger nicht unbezahlbar.

Verlässliche Politikangebote, die es nicht auch anderswo gäbe, kommen von der Piratenpartei derzeit nicht. Längst ist auch das Thema Netzpolitik bei den anderen Parteien angekommen, die Berliner SPD hat dazu ein Forum eingerichtet. Die Piraten leben derzeit noch vom Image der Anfangszeit. Schick ist es aber nicht mehr unbedingt, Pirat zu sein. **Reinhard Herz** □



Gedenken an die Kreisbüroschließung 1961.

## „Dies ist kein Abschied“: Die SPD in Ost-Berlin 1961

**Neun Tage nach dem Mauerbau am 13. August 1961 wurde das letzte der acht SPD-Kreisbüros in Ostberlin von Volkspolizisten geschlossen. Wenige Tage später beschloss der Vorstand der Berliner SPD die Auflösung der Partei in Ostberlin (siehe BS 14-15/2011). Aus diesem Anlass lud am 22. August die SPD im Boxhagener Kiez in Friedrichshain zu einer kleinen Gedenkveranstaltung am Boxhagener Platz ein.**

Denn dort befand sich in der Krossener Straße 22 von 1946 bis zur Schließung 1961 das Kreisbüro der SPD Friedrichshain. Heute werden hier Hamburger gebraten. Zur Erinnerung wurden auf dem Platzpflaster einige großformatige Fotos von dem damaligen Büro ausgebreitet. Der Abteilungsvorsitzende Sven Heinemann schilderte den Anwesenden die Geschichte der Berliner SPD in Ostberlin - viele Mitglieder wissen heute nicht, dass es auch nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED 1946 und nach Gründung der DDR 1949 weiterhin SPD-Büros und Parteistrukturen in Ostberlin gab.

Allein in Friedrichshain zählte die Partei zum Zeitpunkt der Auflösung vor 50 Jahren noch rund 750 Mitglieder. Als Zeitzeuge war Helmut Hampel, von 1990 bis 2001 Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow, der Einladung zu der Gedenkveranstaltung gefolgt. Er erzählte, wie er 1953 in Friedrichshain in dem Kreisbüro am Boxhagener Platz Mitglied der SPD wurde und wie er die Schließung des Büros 1961 miterlebte. Zudem berichtete er detailliert über das damalige Parteileben. Zum Schluss las Sven Heinemann das Sendungsprotokoll von RIAS-Berlin vor. In der Sendung am 25.08.1961 sprach der damalige stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner zur Auflösung der SPD im Ostsektor von Berlin: „Dies ist kein Abschied, dies ist eine von roher Gewalt erzwungene schmerzliche Maßnahme, die der Sicherheit der Mensa dienlich ist, soweit das menschenmöglich ist.“

**Sven Heinemann** □

## Der „eiserne Franz“ wird 90

Glückwünsche für Franz Ehrke

**Seinen 90. Geburtstag feiert am 20. September Franz Ehrke. 26 Jahre lang, vom März 1955 bis zum Juni 1981 war er Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, von 1977 bis 1981 war er Fraktionsvorsitzender.**

„Sie haben auf unverwechselbare Weise einen geradlinigen Weg beschritten. Sie waren streng gegen sich selbst, gerecht gegen jedermann und immer warmherzig.“ So würdigte Richard von Weizsäcker (CDU), damals Regierender Bürgermeister, Ehrke im Oktober 1983 bei der Verleihung der Ernst-Reuter-Plakette:

Geboren wurde der SPD-Politiker am 20.09.1921 in Prenzlau (Provinz Brandenburg). Er machte eine Ausbildung als Industriekaufmann; wurde zum Wehrdienst einberufen. Von 1946 bis 1960 war Ehrke kaufmännischer Angestellter beim Berliner Stromversorger BEWAG; von 1960 an Abteilungsleiter bei der Deutschen Klas-

senlotterie Berlin, von 1965 bis 1984 Vorstandsmitglied der Klassenlotterie Berlin.

1949 trat Ehrke in die SPD ein und engagierte sich in seinem Heimatbezirk Spandau und auf Landesebene. Im Abgeordnetenhaus war er Vorsitzender des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung, später Vorsitzender des Hauptausschusses. 1975 wurde er stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion, zwei Jahre später Fraktionsvorsitzender.

Neben der Ernst-Reuter-Plakette wurde Ehrke am 16.10.1986 die Würde eines Städtältesten von Berlin verliehen. „Nur wenige haben sich in der Nachkriegsgeschichte Berlins so intensiv und konsequent auf die Legislative konzentriert wie er“, sagte Peter Rebsch (CDU), damals Präsident des Abgeordnetenhauses. Franz Ehrke, in der Fraktion als „der eiserne Franz“ bekannt, hat mit Gradlinigkeit und Verlässlichkeit Berliner Politik gestaltet. **BS** □

Biographie:

## Wieder zu Hause

„Stolz auf Berlin“: Helga Grebing(II)

**Für das Buch „Stolz auf Berlin“ hat Moritz Reininghaus mit zwanzig Berlinerinnen und Berlinern gesprochen, die ganz unterschiedliche Lebensgeschichten in „ihre“ Stadt einbringen. Es sind Zugezogene, hier Geborene - oder auch Rückkehrer, so wie Helga Grebing. In dieser Ausgabe drucken wir mit freundlicher Genehmigung des Verlags für Berlin und Brandenburg - den zweiten Teil ihres Porträts ab. Helga Grebing ist Mitglied der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand.**

„WAS GEHT UNS BERLIN AN?“

Sie habe damals „mächtig geschimpft“, da sie, gesteht Helga Grebing, ganz und gar nicht begeistert gewesen sei, dass Berlin Hauptstadt der um die „neuen Bundesländer“ erweiterten Bundesrepublik werden sollte. Sogar ein „Göttinger Sudelblatt“ hat sie, in Anlehnung an Georg Christoph Lichtenberg, geschrieben. „Was geht uns Berlin an?“, fragte sie darin reichlich provokativ. Was sie damit meinte, kann man als logische Schlussfolgerung ihrer wissenschaftlichen und persönlichen Biografie bezeichnen: „Ich gehörte nicht zu den begeisterten Vereinigungsfreunden“, erläutert sie den politischen Aspekt ihrer damaligen Haltung. Wenn man so will, habe sie in dieser Frage die skeptische Sichtweise Oskar La-

fontaines geteilt. Auch sie sei damals nicht grundsätzlich gegen die deutsche Einheit gewesen, jedoch nicht unter den gegebenen Bedingungen. Sie hatte einfach die Befürchtung, sagt sie, dass der „deutsche Nationalrummel“ wieder ausbrechen, der längst überwunden geglaubte deutsche Nationalismus wieder aufkeimen könnte. Der zweite Aspekt, den ihre eigene biografische Erfahrung beitrug, war ihre Kenntnis der DDR. Dass allzu viel davon in das neue Deutschland „hinüberschwappen“ könnte, war ihr eine unerträgliche Vorstellung.

Dennoch war ihr bald klar, dass eine schnelle Wiedervereinigung zur politischen Notwendigkeit werden würde, schon allein weil es im Grundgesetz stand. Es galt, diese Realität zu akzeptieren. Doch über das rein Politische hinaus, äußerte sie in dem „Sudelblatt“ die Befürchtung, dass Berlin eine allzu traditionalistisch gestaltete, neu-alte Hauptstadt werden könnte. „Und ein bisschen“, sagt sie, „ist es ja auch so geworden.“ Vieles in Berlin wurde ja doch sehr „preußisch-deutsch“ wieder aufgebaut. Deshalb bleibt sie bis heute auch eine kritische Beobachterin der weiteren Entwicklung Berlins, weswegen sie dagegen gewesen sei, den „Palast der Republik“ abzureißen. Irgendetwas, so ihr Argument gegen den Abriss von „Erichs Lampenladen“, hätte man den Bürgern Ost-Berlins und der DDR lassen sollen. Gegen den Wie-

**Fortsetzung von Seite 12**

der Aufbau des Stadtschlusses ist sie auch heute noch. Ein solches Gebäude, sagt sie, müsse man ja schon fast als Karikatur auffassen. Im Grunde hält sie es schlicht für „nicht notwendig“. Ihr Kritikpunkt dieser eklektizistischen Stadtrekonstruktion sei dabei nicht die Traufhöhe, sondern dass sich nichts von der Bautradition der Arbeiterbewegung in diesem neuen Berlin wiederfindet. Um dem ein wenig entgegenzuwirken, erarbeitet sie gerade mit weiteren Herausgebern einen Stadtführer für Berlin mit dem Schwerpunkt Arbeiterbewegung. Dieser soll im Jahr 2013 fertig werden, wenn die SPD ihren 150. Geburtstag feiert. Sie habe dann damit, sagt sie, ihren Traum, die Rolle der Stadt als „Pflanzstadt für die demokratisch-emanzipatorische Bewegung“ sichtbar zu machen, verwirklicht.

**WELTSTADT BERLIN**

Ihre Befürchtungen haben sich, was die politische Seite betrifft, glücklicherweise nicht erfüllt. „Berlin“, sagt Helga Grebing, „ist heute eine Weltstadt“; ihre einstige Vorstellung, dass Bonn der Regierungssitz bleiben und Berlin Kulturhauptstadt werden könne, ist damit längst hinfällig: „Es ist doch ganz gut gelungen, beides hier in Berlin zu vereinen.“

Der „Charakter des Modernen“ ist prägend für diese Stadt, die längst zum Anziehungspunkt für Künstler und Intellektuelle aus aller Welt geworden ist. Und das sei nicht zuletzt ein Verdienst des jetzigen und, wie sie doch sehr hofft, auch künftigen Regierenden Bürgermeister. „Klaus Wowereit“, sagt sie, „verdeutlicht die Offenheit und Toleranz dieser Stadt, nicht zuletzt anhand seiner eigenen Person.“ Natürlich, sagt Helga Grebing, gebe es auch in Berlin fragwürdige politische Entscheidungen. In der Kulturpolitik etwa, auch die Schulpolitik ist für sie nicht immer unumstritten. Doch selbst in solchen Punkten sieht sie keine grundsätzlichen Differenzen zwischen ihrer eigenen Auffassung und dem politischen Kurs des Senats. Stolz empfindet sie nicht auf Berlin, wie auch sonst auf so gut wie nichts. Froh, hier zu leben und erfreut über die Entwicklung der Stadt ist sie dennoch sehr.

Wenn man den Anspruch hat, eine kulturell offene Stadt zu sein, dann müsse man sich jedoch auch mit Dingen beschäftigen, die „nicht so gut laufen“. Damit meint sie die vom „Schultheiß von Neukölln“, wie sie Heinz Buschkowsky nicht ohne Anerkennung nennt, angestoßene Diskussion um die Integrationspolitik. Buschkowsky habe hier zu Recht Missstände angesprochen, kritisiert und vor allem konkrete Vorschläge gemacht, was man verbessern könne. Thilo Sarrazin dagegen, der in einer für sie „un glaublichen und inakzeptablen Art und



*Buchpräsentation: Klaus Wowereit stellte das Buch „Stolz auf Berlin“ vor, viele der Porträtierten waren dabei, darunter auch Helga Grebing (s.v.r.).*  
Foto: Johann Eggert

Weise“ die Diskussion an sich riss, habe Buschkowsky in seiner Zeit als Berliner Finanzsenator die Mittel verwehrt, um etwas verändern zu können. Die „Sarrazin-Debatte“, sagt Helga Grebing, liege ihr ohnehin noch schwer im Blut.

Dass eine Partei jemanden wie Sarrazin, der teilweise offen rassistisch argumentiert, in ihren Reihen dulden muss, ist für sie schwer zu ertragen. Doch wegen einem wie ihm „ihre Partei“ zu verlassen? Das sieht sie mit ihren 81 Jahren nun beim besten Willen nicht ein.

**CHRONISTIN DER ARBEITERBEWEGUNG**

Helga Grebing kommt lieber auf breitere Entwicklungen in der SPD zu sprechen. Die Arbeiterbewegung im klassischen Sinne gibt es schon seit den 1950er-Jahren nicht mehr. Deren Ideen jedoch, sagt die große Chronistin der Arbeiterbewegung, sind in den letzten Jahren wieder mehr präsent. Gerade bei den jüngeren Genossen, zwischen zwanzig und dreißig Jahren, beobachtet sie dies. Durch die eigene Erfahrung prekärer Beschäftigungsverhältnisse sind viele von ihnen dafür sensibilisiert worden, dass auch in einer Dienstleistungsgesellschaft Mehrwert geschaffen wird, an dem die „Arbeiter“ nach wie vor nicht angemessen beteiligt sind.

Entscheidend ist für sie letztlich, warum jemand in die Partei eintritt; das Interesse für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ist auch heute noch für sie die Grundvoraussetzung dafür. Von den „alten Werten der Partei“ möchte sie dabei nur ungern sprechen, das klinge ihr, sagt sie, schlicht zu „urgroßmütterlich“.

**ZURÜCK IN BERLIN**

Vor drei Jahren traf sie die Entscheidung, wieder nach Berlin zu ziehen. Viele hätten damals vermutet, dass sie mit diesem

Schritt zu „ihren Wurzeln“ zurückkehren will. „Das ist Quatsch“, sagt Helga Grebing. Bei jemandem, der so viel herumgekommen ist wie sie, verwischt sich im Lauf des Lebens das Gefühl, was „so etwas wie Heimat sein könnte“. In allen Städten, in denen sie gelebt hat, gab es Momente, die für sie ein Stück „Heimat“ darstellen. Ausschlaggebend für ihre Rückkehr nach Berlin war vielmehr die Vorstellung, so Grebing, dass man hier auch in ihrem Alter noch „mit dabei sein und mitwirken“ könne.

Heute wohnt sie ganz nah am Wittenbergplatz, in der Nähe des KaDeWe, in einer Einrichtung für betreutes Wohnen. Eigentlich, sagt sie, könne sie das gar nicht mit ihrem proletarischen Gewissen vereinbaren. Sie stelle sich immer wieder die Frage, ob das Haus nicht zu luxuriös für ihren theoretisch formulierten Anspruch auf soziale Gerechtigkeit ist. Auch habe sie durchaus mit dem Gedanken gespielt, wieder an den Ort ihrer Geburt, raus nach Pankow zu ziehen. „Doch wissen Sie“, sagt Helga Grebing, „von dort aus ist es so fürchterlich weit zum Willy-Brandt-Haus.“ □



*Heino Wiese (Hg.), Stolz auf Berlin. Mit Geleitwort von Klaus Wowereit, Texte & Fotos von Moritz Reininghaus, Format: 20,0 x 21,5 cm, Hardcover, 160 Seiten, 82 Abbildungen, ISBN 978-3-942476-23-2, EUR 14,95*

# Leben voller Engagement

Trauer um Günter Reckel (28.2.1922 - 26.8.2011)

**Die AG 60 plus Steglitz-Zehlendorf trauert um ihren ehemaligen Vorsitzenden, Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande, der Ehrennadel des Bezirks Zehlendorf und der Willy Brandt Ehrennadel für seine besonderen Verdienste.**

Bereits eine Woche nach Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft, nämlich Anfang 1947, entschied sich Günter Reckel für die SPD. Er tat das aus der Überzeugung, am Aufbau der Demokratie in Deutschland aktiv mitarbeiten zu müssen.

Für seine Tätigkeit als stellvertretender Kreisvorsitzender der SPD in den fünfziger Jahren, seine zeitgleiche publizistische Tätigkeit bei den Jungsozialisten als Herausgeber der „Jungsozialistischen Blätter“ und die 25 Jahre, die er sich als Abteilungsvorsitzender der Abt. Fischtal /Krumme Lanke für die Partei engagiert und erfolgreich eingesetzt hat, schulden wir ihm alle höchsten Respekt und Dank. Aber nicht nur in der Partei, auch als Kommunalpolitiker in der Funktion des stellvertretenden Bezirksverordnetenvorstehers in Zehlendorf

und Fraktionsvorsitzenden der SPD, später als Bürgerdeputierter hat er sich - über Parteigrenzen hinweg - zum Wohl der Bürger und Bürgerinnen eingesetzt. Selbst bescheiden im Hintergrund, waren ihm die Menschen wichtig. Das hat er auch bewiesen durch sein Engagement in sozialen Einrichtungen wie der AWO, wo er 16 Jahre lang Kreiskassierer war, mit dem Vorsitz im Nachbarschaftsheim „Mittelhof“ sowie durch seinen Vorsitz in der Landesgruppe Berliner Nachbarschaftsheimen in den sechziger Jahren. Und vielen anderen sozialen Organisationen.

Seit 1988 galt seine politische Aufmerksamkeit bis zuletzt der AG 60 plus, deren Vorsitzender er von 1988 bis 2002 in Zehlendorf war. Seiner liebenswerten, vorurteilsfreien und kooperativen Art im Umgang mit den Menschen ist der reibungslose Zusammenschluss der beiden Arbeitsgemeinschaften in Steglitz und Zehlendorf zu verdanken.

Als humorvoller, weiser Ratgeber und Freund ist Günter Reckel unvergessen.

**Ingrid Reimann und die AG 60 plus** □

## T ERMINE

- 10.09.2011, 12:30 - 14:00, SPD Tempelhof-Schöneberg, **Besuch des Ullsteinhauses mit Führung durch den Uhrenturm**, Treffpunkt vor dem Ullsteinhaus, Mariendorfer Damm 1-3, 12099 Berlin
- 10.09.2011, 13:00 - 18:00 SPD Friedrichshain-Kreuzberg, **SPD Sommerfest, Petersburger Platz**, 10249 Berlin
- 10.09.2011, 15:00 - 19:00, SPD Tempelhof-Schöneberg - Abt. City **Stadtteilfest mit Livemusik, Am Viktoria-Luise-Platz**, 10777 Berlin
- 10.09.2011, 09:30 Uhr: Abteilung Lichterfelde Ost + Süd, **„Im Gespräch mit den Menschen“** - Informationsstand am Kranoldmarkt in 12209 Lichterfelde-Ost
- 10.09.2011, 11:00, SPD Mitte, **Bruni Wildenhein-Lauterbach: Infostand im Afrikanischen Viertel mit Christian Hanke**, U-Bhf Rehberge Otawistraße Ecke , Müllerstraße, 13351 Berlin
- 10.09.2011, 10:30, SPD Spandau, **Burgunde Grosse „ mit Segway-Roller unterwegs im Wahlkreis** . Die Segway -Roller machen an folgenden Stationen Halt: 10:00 Uhr Parkplatz am Kiesteich, 10:30 Uhr Einkaufszen-

**Aus Datenschutzgründen  
nicht in der  
Internetversion enthalten**

trum Obstallee, 11:30 Uhr vor Lidl am Seegefeller Weg, 12:30 Uhr Café Madler, Torweg, Ecke Fachinger Str., 13:30 Uhr Jonas Haus, Schulstr. 3, 14:30 Uhr Spielplatz Bullengraben, 15:30 Uhr vor Rewe und Imbiss Kaja, Heerstr. Ecke Hauptstr., 16:00 Uhr Mehrgenerationenhaus, Im Spektefeld,

■ 10.09.2011, 14:00 Uhr: Abteilung Lichterfelde Ost + Süd, „**Fliegefest**“ - Volksfest am Fliegeberg im Lilienthalpark an der Schütte-Lanzstraße in 12209 Lichterfelde-Ost

■ 11.09.2011, 12:00 - 14:00 SPD Friedenau + AG Migration, **Rundgang „Mein Kiez - der Grazer Platz!“** Treffpunkt Diakonieladen, Rubensstraße 87, 12157 Berlin

■ 11.09.2011, 11:00, **Frühschoppen im Kiez Paul-Hertz-Siedlung** Charlottenburg-Wilmersdorf, mit dem Stadtrat für Jugend, Familie, Schule und Sport Reinhard Naumann und der Bezirksverordneten Christel Dittner, Yucatan, Reichweindamm 7, 13627 Berlin

■ 11.09.2011, 10:00, **Politischer Frühschoppen mit dem SPD-Bezirksbürgermeisterkandidaten Oliver Igel** Treptow-Köpenick, Ratskeller Köpenick, Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin

■ 11.09.2011, 15:00 - 16:00, **Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer besucht das Altglienicker Sommerfest**, SPD Treptow-Köpenick, SPD Infostand - Besenbinderstr. Ecke, Köpenicker Str., 12524 Berlin

■ 11.09.2011, 12:00, **Neue (Solo-)Selbständigkeit - Zwischen den Stühlen?** mit Manuela Schwesig, SPD Pankow, Café Mosaik, Greifenhagener Str. 27, 10437 Berlin

■ 11.09.2011, 12:00 - 20:00 „**Wirtschaftswandertag**“ und **Fest in Grünau mit Robert Schaddach**, SPD Treptow-Köpenick - Grünau, Revieragelände, Regattastraße 161, 12527 Berlin. Es wird gesammelt für ein Schulprojekt der Grünauer Schule, der Gewinn der Veranstaltung geht auch an die Schule

■ 11.09.2011, 15:00 - 18:00, **Sommerfest**, SPD Mitte Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin. Mit dabei sein werden Stefan Draeger, Direktkandidat für das Abgeordnetenhaus im Wahlkreis 2, Bezirksbürgermeister Christian Hanke, SPD-Landesvorsitzender Michael Müller und Manuela Schwesig, stellvertretende SPD-Vorsitzende und Ministerin für Soziales und Gesundheit in Mecklenburg-Vorpommern.

■ 12.09.2011, 16:00 - 19:00, **Klaus Wowereit im Kiez - Spandau**, „Ellipse“ beim Rathaus Spandau, Altstädter Ring 1, 13597 Berlin

■ 12.09.2011, 11:00 - 18:00 **Ilkin Özisik: Ein Tag in Moabit-Nord und im Huttenkiez**, SPD Moabit-Nord, Infostand Arminiusmarkthalle, Arminiusstraße 2-4, 10551 Berlin

■ 12.09.2011, 18:00 - 19:00, **Infostand mit Markus Pauzenberger und Ephraim Gothe**, SPD Mitte, Infostand Krausnick Straße Ecke Oranienburger Straße, 10115 Berlin

■ 12.09.2011, 16:00, **Bruni Wildenhein-Lauterbach: Infostand auf dem Leopoldplatz mit Christian Hanke**, Leopoldplatz, 13353 Berlin

■ 12.09.2011, 19:30, **Fachausschuss Stadt des Wissens - AG Wissenschaft, offene Vorstandssitzung der AG Wissenschaft**, Café Stresemann, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin

■ 13.09.2011, 15:00 - 18:00, **Klaus Wowereit im Kiez - Mitte**, Einkaufszentrum „Gesundbrunnencenter“, Badstraße 4, 13357 Berlin

■ 13.09.2011, 19:00, **Diskussion zur Zukunft der Öffentlichen Daseinsvorsorge in Berlin und Friedrichshain-Kreuzberg**, mit Cansel Kiziltepe, Kandidatin zur BVV-Friedrichshain/Kreuzberg, Gerlinde Schermer, Direktkandidatin Wahlkreis 5 Friedrichshain, Peter Beckers, Stv. Bezirksbürgermeister Friedrichshain-Kreuzberg, Kandidat für die BVV, Rolf Wiegand, Abgeordnetenhauskandidat in Steglitz-Zehlendorf, Stv. AfA-Landesvorsitzender AfA - Friedrichshain-Kreuzberg, Vor-Ort-Büro, Grünberger Straße 4, 10243 Berlin

13.09.2011, 16:00 - 17:30, **Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum und der Abgeordnetenhauskandidat Robert Schaddach, MdA besuchen das „Forum Köpenick“**, Forum Köpenick, Bahnhofstraße 33, 12555 Berlin

■ 13.09.2011, 19:00, **„Weniger, älter, bunter - Herausforderungen des demografischen Wandels“** mit Franz Müntefering, SPD Treptow-Köpenick, Klub 103,5, Wendenschloßstr. 103, 12557 Berlin. Informations- und Diskussionsveranstaltung mit dem Bezirksbürgermeisterkandidaten Oliver Igel, dem Wahlkreisabgeordneten Tom Schreiber

■ 13.09.2011, 18:00, **Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum mit Renate Harant, MdA zu Gast auf einer Bürgerversammlung**, „Berliner Bürgerbräu“, Müggelseedamm 164, 12587 Berlin

■ 13.09.2011, 16:30, **„Leben am Kurfürstendamm“ - Einladung zum Spaziergang** mit Frank Jahnke, MdA, vom Breitscheidplatz zur Ecke Kurfürstendamm/Schlüterstraße unter der fachkundigen Führung von Frau Dr. Zöbl, die kürzlich ein Buch zu diesem Thema veröffentlicht hat. Treffpunkt vor dem Marmorhaus, Kurfürstendamm 236, 10719 Berlin

■ 14.09.2011, 16:00 - 19:00, **Klaus Wowereit im Kiez - Tempelhof-Schöneberg**, Breslauer Platz/ Rheinstraße, 12159 Berlin

■ 14.09.2011, 11:00 - 17:00 **Ilkin Özisik: Ein Tag im Stephankiez**, SPD Mitte, Infostand, Stephanplatz, 10559 Berlin

■ 14.09.2011, 19:30 Uhr: Abteilung Lichterfelde Ost + Süd, Sonntag, **„Auf dem Fahrradwegenroutennetz besser und sicherer vorankommen“** - öffentliche Informationsveranstaltung mit Irene Köhne, SPD-Kandidatin für die Abgeordnetenhauswahl am 18. September, im Restaurant „Kastanie“, Ferdinandstraße 15, 12209 Lichterfelde-Ost

■ 14.09.2011, 14 bis 16 Uhr, **Seniorentreff mit Heidemarie Fischer**, Stiftung BSW, Panoramastr. 1, 10178 Berlin-Mitte (am Alex), Zugang über den Hof, Aufgang links, 3. Etage

■ 14.09.2011, 17:00 - 19:00, **Bruni Wildenhein-Lauterbach: Rund um den Leo mit Ephraim Gothe**, Treffpunkt Leopoldplatz,

13353 Berlin

■ 15.09.2011, 18:00, **Europas Außengrenzen, Frontex und die Menschenrechte**, SPD Steglitz-Zehlendorf - AG Migration, SPD Kreisbüro Steglitz-Zehlendorf, Thaliaweg 15, 12249 Berlin

■ 15.09.2011, 15:00 - 18:00 **Sprechstunde des Bundestagsabgeordneten Swen Schulz - Spandau**, Bürgerbüro Swen Schulz, Bismarckstraße 61, 13585 Berlin

■ 15.09.2011, 20:00 **Lesung mit Krimi-Autor Wolfgang Schorlau aus dem Berliner Was-ser-Krimi**, auf Einladung von Gerlinde Schermer, SPD Petersburger Platz, Restaurant „Kaffee und Tee“, Frankfurter Allee Ecke, Petersburger Straße, 10247 Berlin

■ 15.09.2011, 18:00 - 19:00, **Markus Pauzenberger: Infostand mit Vera Morgenstern**, SPD Rosenthaler Vorstadt, Gartenstraße Ecke Schröder Straße, 10115 Berlin

■ 16.09.2011, 13:00 - 15:30, **Thomas Isenberg: Rundgang im Kiez**, Startpunkt: Kulturfabrik, Lehrter Straße 35, 10557 Berlin

■ 16.09.2011, 18:00 Uhr: Abteilung Lichterfelde Ost + Süd, Freitag, **„Wir im Lichterfelder Süden“** - Informationsstand vor McDonalds am S-Bahnhof Osdorfer Straße in 12207 Lichterfelde-Süd

■ 16.09.2011, 20:00, **Wählen und Feiern... mit den Jusos Mitte**, Mauersegler, Bernauerstr. 63, 13353 Berlin

■ 16.09.2011, 10:30 Uhr **Klaus im Kiez - Besuch des Einkaufszentrums Clou** am Kurt-Schumacher-Platz mit Klaus Wowereit und Jörg Stroedter

■ 17.09.2011, 08:00 **Burgunde Grosse unterwegs im Wahlkreis**, Infostand vor Café Madler am Torweg Ecke Fachinger Straße, 13591 Berlin

■ 17.09.2011, 09:30 Uhr: Abteilung Lichterfelde Ost + Süd, Samstag, **„Im Gespräch mit den Menschen“** - Informationsstand am Kranoldmarkt in 12209 Lichterfelde-Ost

■ 17.09.2011, 10:00 Uhr, Abteilung Lichterfelde Ost + Süd, **„Wir im Lichterfelder Süden“** - Informationsstand vor McDonalds am S-Bahnhof Osdorfer Straße in 12207 Lichterfelde-Süd

■ 17.09.2011, 11:00 **Bruni Wildenhein-Lauterbach: Infostand mit Rosenverteilkaktion** SPD Schillerpark, vor Real, Müllerstraße 47, 13349 Berlin

■ 17.09.2011, 11:30; **Frank-Walter-Steinmeier und Barbara Loth: Rundgang über die Bildungsmeile**, Teltower Damm/Kirchstr.

■ 18.09.2011, 8:00 - 18:00 Uhr, **Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus**

■ **18.09.2011, ab 17:00 Uhr Wahlparty der Berliner SPD in der Kulturbrauerei**

■ 20.09.2011, 19:30 Uhr: Abteilung Lichterfelde Ost + Süd, Dienstag, **„Nach den Wahlen - Ergebnisse, Einschätzungen und Perspektiven“** Mitgliederversammlung mit Ruppert Stüwe, stellvertretender Vorsitzender der SPD Steglitz-Zehlendorf, im AWO-Haus der sozialen Dienste, Osdorfer Straße 121, 12207 Lichterfelde-Süd

■ weitere Termine [www.spd-berlin.de/termine](http://www.spd-berlin.de/termine)

## Die Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

# Urbane Zeichen

## Monotypien und Materialdrucke von Marianne Fritz

### Im Kreisbüro der SPD-Treptow-Köpenick sind die Wände nicht mehr kahl.

Die Galerie, mit dem Namen „Kunst trifft Politik“, zugleich Titel und Programm, will Kommunikation anregen. Das ist gelungen. Bürger aus dem Kiez und Wartende an der Haltestelle vorm Haus, denen gerade Bus oder Straßenbahn weggefahren sind, kommen für einen kleinen Abstecher ins Gartenhaus der Grünauer Straße 8. Sie betrachten nicht nur die Bilder. Sie stellen auch Fragen, sprechen Wünsche an und kommen mit den anwesenden Genossinnen und Genossen ins Gespräch. Natürlich nehmen sie auch Info-Material mit.

Am Freitag vergangener Woche eröffnete Bezirksbürgermeisterkandidat Oliver Igel die neue Ausstellung. Die Künstlerin Marianne Fritz hatte die Funktionsräume des Kreisbüros auf ihre Art wahrgenommen. Mit den „urbanen Zeichen“ spielte sie und kreierte völlig neue Arbeiten. So dominiert auf weißem Chinapapier mit schwarzen Zeichen die Farbe Rot. Immer wieder entdeckt man Pfeilspitzen und bisher Unbeachtetes.

Noch bis Ende Oktober lädt die SPD Treptow-Köpenick zum Betrachten dieser Monotypien und Materialdrucke ein. Dass es gelang, zirka 50 Besucher an einem war-



Eröffnung der Ausstellung mit Oliver Igel.

Foto: Schubert

men Sommertag zur Vernissage zu locken, ist ein stolzes Ergebnis.

Oliver Igel hat auch durch Mitarbeit in der AG-Kultur die Ausstrahlung der SPD-Treptow-Köpenick maßgeblich mitgestaltet. Bei Lesungen lernten wir ihn nicht nur als Autor kennen sondern auch als Herausgeber des Lebenswerks von Clara Müller Jahnke. Sie lebte in Wilhelmshagen, starb dort 1905, und hatte neben vielen Artikeln für diverse Zeitschriften auch Gedichte verfasst, die u. a. das Leben der Arbeiterschaft beschrieben. **Sigrid Schubert** □

➡ „Urbane Zeichen“. Ausstellung mit Monotypien und Materialdrucken von Marianne Fritz, SPD-Kreisbüro, Grünauer Straße 8, 12557 Berlin (Köllnische Vorstadt)

## KULTURTIPPS

**Wahlausgang.** Noch bis zum 21. September ist in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus die Ausstellung „Ein wachsamer Chronist unserer Stadt: Paul Glasers Blick auf Berlin“ zu sehen. Die Finissage zu Paul Glasers fotografischer Chronik Berlins soll für eine Analyse der Wahlen zum Abgeordnetenhaus genutzt werden. Mit Blick auf das Ergebnis werden Rolle und Relevanz der in der Ausstellung angesprochenen Themen diskutiert, so etwa Veränderun-



Nico Sander, Paul Glaser und Ingo Siebert.

gen der Arbeitswelt oder die Bedingungen einer multikulturellen Gesellschaft. **PM** □

➡ Mi 21. September 2011, 19-21 Uhr, mit Prof. Dr. Oskar Niedermayer, Prof. Dr. Nils Diederich. Moderation: Ingo Siebert, August Bebel Institut, Müllerstr. 163, Anmeldung bis 20. September unter 4692-120

# Volkslieder in freiheitlicher Tradition

### Peter Rohland war Sänger, Liederforscher und Liedermacher. Ihm widmet sich jetzt eine Ausstellung im Willy-Brandt-Haus.

Geprägt wurde er durch die Jugendbewegung im Nachkriegsdeutschland. Wegweisend waren seine Auftritte in den Jahren 1964 und 1965 bei den Festivals „Chansons Folklore international“ auf Burg Waldeck im Hunsrück, die von ihm mitinitiiert

und geprägt worden waren. Peter Rohland trug in seinem bis heute nachwirkenden Schaffen dazu bei, den traditionellen Volksliedbegriff so zu erweitern, dass auch die Lieder der deutschen Freiheitsbewegungen und des Widerstands gegen den Nationalsozialismus Platz fanden. Mit seinen „Liedern deutscher Demokraten“ deckte er eine vergessene Tradition des politischen Liedes der Revolution von 1848 wieder auf. **PM** □

➡ „Peter Rohland und das politische Lied“ Ausstellung: 16.09. bis 14.10.2011, Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag, 12 bis 18 Uhr; Eintritt frei, Personalausweis erforderlich.

➡ Ausstellungseröffnung. Donnerstag, 15. September 2011, 19:00 Uhr, Musik: Forty eight Crash, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140 / Stresemannstraße 28, 10963 Berlin-Kreuzberg